

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1288, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Staatsb. Dresden,  
Kant. der Arbeiter, Anst. Dresden,  
und Beamten, H. G. Dresden,  
Gebrüder Reinhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen (z. B. durch einen Unfall höherer Gewalt), hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: 2,30 M. monatlich, 23,00 M. vierteljährlich, 84 M. jährlich. Einmalige Anzeigenpreise: 1,50 M. pro Zeile und Tag. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Bettendorfer Str. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorfer Str. 25 201 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 3 Uhr nachmittags

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Nonpareilzeile 35 Pf., die 40 mm breite Reflammezeile 2 Pf., für ansonsten 40 Pf. u. 2,50 Pf., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuche 30 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einmalig 10 Pf.

Nr. 19

Dresden, Sonnabend, den 23. Januar 1932

43. Jahrgang

## Brüning gegen Hitlers Demagogie

### Die Waffen nieder

Von Julius Deutsch, Wien

Wer in diesen Tagen eine rechtsradikale Zeitung Oesterreichs in die Hand bekam, der konnte wahrhaft nervenzerstörende Bilder von den Schrecken eines Bürgerkrieges sehen. Da wurde in den kräftigsten Farben geschildert, wie in einem Orte aussieht, in dem Handgranaten explodieren, Geschosse knattern und Maschinengewehre ihr schauerliches Getöse ertönen lassen. Kein Ausdruck der Entrüstung war weit genug, die Rüstungen zu einem Bürgerkrieg zu verknüpfen.

Werkwürdig. Diese papierene Entrüstung tobte wegen eines Bundes von Waffen, die im Ottakringer Arbeiterheim seit vielen Jahren in einem Keller verwahrt waren. Die Polizei hatte dort mit einem Eifer und einer Gründlichkeit eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die hier noch niemals vorgenommen war. Selbst die heftigsten Aufforderungen der zuständigen Ressortminister, dem so plötzlich erwachten Arbeitseifer zu dämpfen, blieben unangewandt.

Vor einigen Wochen hätte die Polizei sich allerdings weit mehr bemühen müssen, Kriegsgeräte zu entdecken. Da wurden sie von ihren Besitzern selber an das Tageslicht gebracht. Damals zogen viele Tausende in Wehr und Waffen dem friedlichen Dörfen und Städten, ohne von der Genzarmerie auch nur im geringsten behelligt zu werden.

Zelten hat sich die abgrundtiefe Heuchelei kapitalistischer Presseleute offenkundiger geoffenbart als in der so verächtlichen Beurteilung dieser beiden Ereignisse. Als die Kunden der Heimwehren ihre Wodwaffen erhoben, um die Errichtung Oesterreichs zu zertrümmern — da wühlten die jüdischen und die christlichen Zeitungen der Kapitalisten zur Worte des Verstehens und milder Rücksichtnahme zu finden. Kein Wunder, hatten doch die Heimwehren so ungenügend aus den gleichen Kassen ihre Bezahlung bezogen wie alle Zeitungen.

In das Loben der Presse mischte sich ein Naturlaut der Heimwehren selbst. Ihr oberster Bundesführer, der Starbemberger, hielt vor einigen Tagen in Wels eine Rede, in der er drohte: „Wenn man uns hindern will (eine Revolutionsregierung zu machen), dann soll die Revolution hereinbrechen.“ Wie er sich die Betätigung der Heimwehren bei vorstellte, drückte der Heimwehrführer folgendermaßen aus:

„Wir werden rücksichtslos und bewaffnet auftreten, wenn der Republikanische Schutzbund in irgendeiner Form in Erscheinung treten sollte.“

Also die Heimwehren werden „rücksichtslos und bewaffnet“ gegen den Schutzbund auftreten, der die Verfassung wahrt, aber eben dieser Schutzbund darf sich heileide nicht zur Wehr setzen — sonst toben der Prälat Seipel und die Feinde wie die Befessenen.

Wer die österreichische Arbeiterklasse kennt, weiß, daß sie nicht so geartet ist, sich Derartiges bieten zu lassen. Ihre Antwort auf den Polizeiüberfall auf das Ottakringer Arbeiterheim ließ denn auch an erschütternder Klarheit und Festigkeit nichts zu wünschen übrig. Die Sozialdemokratische Partei und der Republikanische Schutzbund erinnerten daran, daß sie seit Jahr und Tag die innere Abrüstung geübt haben. „Die Waffen nieder!“ das war und ist ein Kampfruf eines jeden österreichischen Sozialdemokraten. Aber selbstverständlich darf auch die heftigste Friedensliebe nicht zur Entmannung führen. Eine Abrüstung ist nur möglich, wenn sie allgemein und gleichzeitig und unter der strengsten Kontrolle vor sich geht. Anders nicht. Der Polizeiüberfall auf das Ottakringer Arbeiterheim war empörend, weil er die wahren Absichten der österreichischen Halb- und Ganzfaschisten entlarvte. Danach soll die innere Abrüstung darin bestehen, daß man der Arbeiterschaft die Waffen wegnimmt, und nur ihr, indes die Heimwehren offen und ungeheuerlich rüsten. Auf diese Schamlosigkeit folgte mit überwältigender Einmütigkeit die Parole: Ausbau des Schutzbundes, Neuanschaffung der geraubten Waffen!

Die Arbeiterklasse Oesterreichs wird sich niemals Kampflust ergeben. Das mügen die kapitalistischen Kreise bedenken: an ihnen liegt es, dem Lande den Bürgerkrieg zurückzugeben, wozu die Arbeiterklasse ja stets bereit war. Wählen die Seipels und Starbemberger, auf die es ankommt, trotz allen Warnungen, die Schwarzen Rufe, dann tragen sie die Verantwortung!

### Die Antwort der Reichsregierung

wtb. Berlin, 23. Januar. Die Reichsregierung veröffentlichen ihre Antwort auf Hitlers Brief. In der Antwort heißt es u. a.:

Sie begründen Ihre Haltung mit verfassungsrechtlichen und mit politischen Bedenken. Ihre verfassungsrechtlichen Bedenken sind unbegründet. Sie gehen von nicht zutreffenden Voraussetzungen aus.

Es hat sich niemals, wie Sie meinen, um ein „Aufheben“ der Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt. Keine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, die Amtsdauer der geschäftlichen Weltalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes im Wege der Gesetzgebung zu verlängern.

Die Frage, ob eine derartige Verlängerung verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt, ist selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist die Verlängerung der Amtsdauer durch ein verfassungsänderndes Gesetz zulässig. Das ergibt sich aus Artikel 76 der Reichsverfassung.

Ihre politischen Argumente muß ich als unfaßlich zurückweisen. ... Sie behaupten, meine Anregung in der Reichstagsfrage haben letzten Endes die Erhaltung des „heutigen Systems“ bezweckt. Dieses „System“ habe in dreizehnjähriger planmäßiger Fortschrittsarbeit Deutschland zum Ruin geführt. Aus die Überwindung dieses „Systems“ verpönte innere Befundung und außenpolitische Erfolge. Deshalb müßten Sie sich meiner Anregung verlagern.

Ich muß es ablehnen, mit Ihnen in eine Diskussion über Schlagwortbegriffe einzutreten.

Wer den Ernst einer schweren Aufgabe völlig erkennt, wird niemals Zusage zu einem Schlagwort nehmen.

Vom vaterländischen Standpunkt aus muß ich es auffällig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen. Nach fast allgemeiner Auffassung ist ein außenpolitischer Tatbestand der Verfall der

Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungleichgültigkeit und Unvernunft der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnot. Wenn das Reich gerettet wurde, so ist das nur geschehen durch das Zusammenwirken aller Volksgenossen und ohne Unterschied der Parteien.

Eine ungeheure Wirtschaftskrise hat, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, die meisten Länder der Erde erfaßt. Sachkundige Männer aller Länder haben sich über die Ursachen dieser Krise geäußert und führen sie auf gewaltige Strukturveränderungen zurück, die die Weltwirtschaft durch den Krieg selbst und seine Folgeerscheinungen erfahren hat.

Die industriell fortgeschrittenen Länder trifft diese Krise am schärfsten durch die Geißel der Arbeitslosigkeit.

Daß unter diesen Ländern Deutschland am härtesten erfaßt wurde, ist die Folge davon, daß der deutsche Wirtschaftskörper durch die Blutenziehungen des Versailles Vertrags in seiner eben gekennzeichneten langjährigen Handhabung sowie durch die Reparationsleistungen in seiner Widerstandskraft besonders geschwächt war.

Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Beilegung des „herrschenden Systems“ als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen

Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Besserung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist,

überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt.

Wir kommen auf diesen Brief Brüning's, der uns bei Redaktionsschluss zugeht, am Montag zurück.

## Vertrauensvotum für Laval

Vorübergehende Erleichterungen für Deutschland — aber keine Neuregelung

P. Paris, 22. Januar. (Eig. Drahtf.)

In der Freitag-Nachmittagsitzung der Kammer antwortete Ministerpräsident Laval auf die verschiedenen an die Regierung gerichteten Interpellationen.

Der Ministerpräsident ging dann auf das Reparationsproblem ein. Ueber die Entwicklung der Dinge nach Vorlage des Sachverständigenberichts äußerte sich Laval folgendermaßen: Am 6. Januar hat der Reichsanwalt den französischen Vorkaufster in Berlin empfangen und ihm auf Grund des Sachverständigenberichts auseinandergesetzt, daß Deutschland nicht imstande sei, die Zahlungen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums und wahrscheinlich auch während einer Reihe weiterer Jahre wieder aufzunehmen. Unter diesen Umständen erwiderte er ihm, Brüning, angebracht, den Young-Plan aufzugeben und eine völlige Neuregelung des Reparationsproblems in die Wege zu leiten. Diese Mitteilung des Reichsanwalters sei von dem französischen Vorkaufster vorläufig am 7. Februar der französischen Regierung überbracht worden. Am 8. Januar habe der Reichsanwalt den englischen Vorkaufster empfangen und ihm die Lage Deutschlands in gleicher Weise geschildert. Am 9. Januar habe ein Neuter-Telegramm angekündigt, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen würde, wenn sich seine wirtschaftliche Lage nicht bessere. Der französische Finanzminister habe gegen diese Forderung sofort den notwendigen Protest in einer vor der Presse abgegebenen Erklärung erhoben. Darauf habe Brüning ein Reparationsinterdium gewährt, in dem er, ohne die Neuter-Forderung kategorisch zu dementieren, die deutsche These in etwas abgeschwächter Form dargelegt hat. Am 11. Januar habe Brüning den französischen Vorkaufster wieder empfangen und in der Unterredung mit ihm den deutschen Standpunkt ausreicht erhalten. Damit sei erwiesen, daß Deutschland den Young-Plan nicht mehr durchführen wolle. Allerdings habe Brüning, juristisch betrachtet, den Young-Plan nicht verweigert. Frankreich könne, so fuhr Laval unter großem Beifall der Rechten und der Mitte fort, auf seine Rechte, die ihm die Verträge gegeben haben, nicht verzichten. Die deutsche These sei für Frankreich unzulässig und für die anderen Gläubiger Deutschlands unannehmbar.

Der Vorkaufsterpräsident legte dann den Inhalt des Sachverständigenberichts auseinander und erklärte, aus seinen Feststellungen ergebe sich nicht die Notwendigkeit der endgültigen Annullierung der Reparationen. Die deutsche Regierung könne also ihre These nicht mit dem Sachverständigenbericht begründen. Am 26. November habe er, Laval, vor der Kammer erklärt, daß Frankreich sich nicht weigern würde, für die Periode der wirtschaftlichen Depression ein neues Zahlungsarrangement mit Deutschland zu vereinbaren. Eine Verweigerung

der Reparationszahlungen könne Frankreich nur annehmen, wenn ihm von seinen Gläubigern eine entsprechende Verminderung seiner Schulden gewährt werde. Auf die Weiterzahlung der ungeschuldeten Annuitäten des Young-Planes wolle Frankreich auf jeden Fall bestehen. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Die Sitzung dauert an.

### Die Abstimmung

P. Paris, 23. Januar. (Eigener Funk.)

Am Schluß der Debatte über die Erklärung des Kabinetts Laval nahm die Kammer am Freitagabend mit 312 gegen 261 Stimmen eine Vertrauensentschließung für die Regierung an.

Die von der Kammer angenommene Entschließung lautet: „Die Kammer billigt getreu der Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Organisation des Friedens, deren notwendige Grundlage die Wahrung der Verträge ist, die Erklärungen der Regierung, spricht ihr das Vertrauen aus und geht unter Ablehnung jedes Zusatzes zur Tagesordnung über.“

Am Schluß seiner Rede führte Ministerpräsident Laval aus: Im Haag habe Deutschland eine endgültige feierlich und freiwillig unterzeichnete Verpflichtung übernommen. Sie könne nicht Gegenstand einer Neuregelung sein. Aufgabe der gegenwärtigen Verhandlungen sei es,

### eine vorübergehende Erleichterung der deutschen Lasten

zu beschließen. Das könne nur mit Hilfe eines neuen Moratoriums geschehen. Man könne also nicht bestritten, daß Frankreich wiederholt Gesetzen und Handlungen zur Erleichterung der Wiederausänderung mit Deutschland getan hat. Man habe oft gesagt, daß das Vertrauen mit Hilfe einer engeren internationalen Zusammenarbeit wiederhergestellt würde. Frankreich trete für eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa ein, Deutschland könne nicht allein seinen Willen durchsetzen. Seine unangenehme Haltung könne auf Frankreich keinen Eindruck machen, das ein hohes Gefühl von seiner nationalen Unabhängigkeit und Souveränität habe. (Beifall rechts und in der Mitte.) Die französische Regierung werde Geduld haben und fest bleiben. Sie wolle am Wiederaufbau Europas mitarbeiten, aber sie könne das nur tun, wenn nicht jede Moral aus den nationalen Beziehungen verschwunden ist.

Su der Abrüstungsfrage übergehend, wiederholte Laval, daß die Haltung Frankreichs in dem Memorandum vom 15. Juli